

SERIE ZUM JUBILÄUM

50 Jahre Stadtrevue Die bleiernen 00er

Im Oktober werden wir unseren 50. Geburtstag feiern. Kein anderes Stadtmagazin hat so lange durchgehalten, kein anderes unabhängiges Medium hat so kontinuierlich Kölner Geschichte, Politik und Kultur begleitet, analysiert, kommentiert.

Wir haben eine Serie begonnen, in der wir für jedes Jahrzehnt unsere Chronik erzählen und einen für diese Jahre charakteristischen Text dokumentieren.

Mit zwei Ereignissen lassen sich die 2000er Jahre in Köln perfekt rahmen: Die bereits durch Klüngel und Filz sklerotisierte lokale SPD zerlegt sich vollends nach dem aufgefliegenen Spendenskandal um die hiesige Müllverbrennungsanlage. Am 4./5. März 2002 werden die Vorwürfe, Schmiergeld angenommen und es über ein illegales Kassensystem verwaltet zu haben, öffentlich. Zwischen 1994 und 1999 sollen mehr als 500.000 DM aus dem Umfeld des Entsorgungsunternehmens Trienekens in die Partei geflossen sein. Selbst die Bundespartei unterstellt ihren Kölner Genossen erhebliche kriminelle Energie.

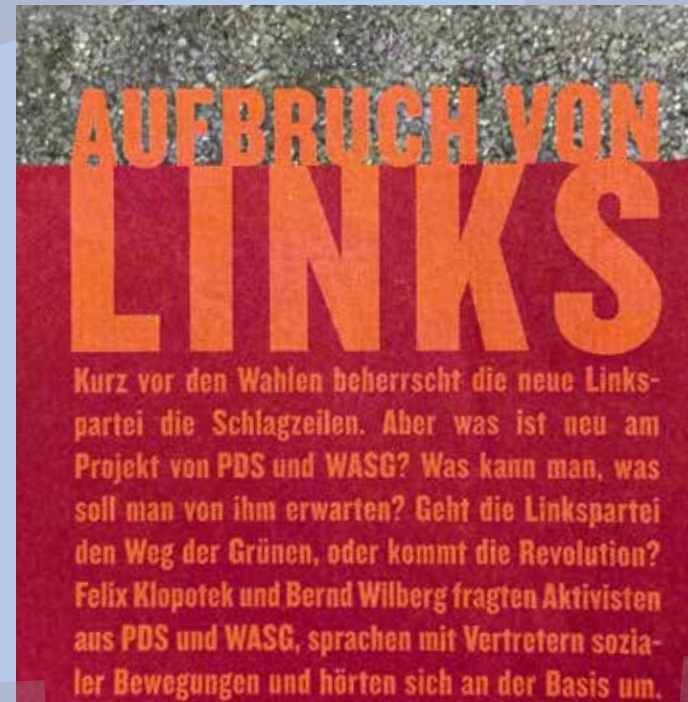
Dass eine so dermaßen diskreditierte Partei bereits sieben Jahre später wieder den Oberbürgermeister stellen kann – Jürgen Roters –, liegt an einem anderen Skandal: Am 3. März 2009 stürzt im Zuge der U-Bahn-Arbeiten (die bis heute irrelevante »Nord-Süd-Achse«) das Stadtarchiv ein, zwei Menschen kommen ums Leben. Der an sich beliebte OB Norbert Schramma (CDU) versagt im Krisenmanagement und tritt im Herbst nicht wieder zur Wahl an.

Die 00er Jahre kann man getrost als bleierne Jahre abhaken. Die Plattenfirmen gehen ein, weil sie noch keine Antwort auf das illegale Filesharing haben, der WDR ruiniert sein Programm durch immer neue Sparrunden, der *Kölner Stadtanzeiger* fährt eine ressentimentgetriebene Kampagne gegen »Klaukids« (womit Kinder aus der Roma-Familie gemeint sind), Großinstitutionen wie Philharmonie und Museum Ludwig sind blockiert, politische Initiativen von unten wachsen kaum nach, die großen Klüngel-Skandale der 1990er bleiben ungeahndet – sieht man von dem Niedergang der SPD ab. Auch der Archiv-Einsturz wird nie vollständig aufgeklärt werden.

Dass die Stadt grüner werden soll und fahrradfreundlicher – das sind vor zwanzig Jahren noch »unkölsche« Utopien. Der bunte Neoliberalismus der 1990er hat seinen Charme verloren. In Köln reagieren Bürger ihr Ressentiment in einer AfD avant la lettre ab: Die rechtsradikale »Bürgerbewegung Pro Köln« kommt bei Ratswahlen auf fünf Prozent.

Ganz langsam zeichnet sich der Wandel ab. Philharmonie und Ludwig stellen sich neu auf, mit Karin Beier kommt eine genialische Theatermacherin nach Köln, der Archiv-Einsturz ruft eine breite Bürgerbewegung auf die Straße, junge Leute kämpfen für ein Autonomes Zentrum.

Ein Zeichen dieses Wandels ist auch die Gründung der Linkspartei 2005, die aus dem Protest gegen die brachiale Sparpolitik (»Agenda 2010«) der einstigen Mutterpartei SPD hervorgeht. Ein bundesweites Ereignis, das auch in Köln hohe Wellen schlägt. Die *Stadtrevue*-Redakteure Bernd Wilberg und Felix Klopotek haben im Sommer 2005 zum Kölner Gründungsprozess recherchiert. Ihr Feature dokumentieren wir auf den folgenden Seiten.



Ist es das? Ist das die neue Linkspartei oder zumindest der Kern davon? Donnerstag, 4. August, die WASG lädt ins Brauhaus Pütz zur offenen Runde ein. Drei Dutzend Leute sind gekommen, die Herren dominieren, das Geschlechterverhältnis beträgt sechs zu eins. Die meisten sind älter, zwischen vierzig und siebzig, ein paar Studenten gibt es auch. Eine ganze Reihe von Leuten ist zum ersten Mal da, viele sind arbeitslos.

In der Diskussion kommt schnell Wut auf die SPD hoch. Hier sitzen keine abgebrühten Kommunisten, die noch nie etwas von der Sozialdemokratie erwartet haben. Die Leute sind resigniert, vor den Kopf gestoßen, aber im tiefsten Inneren sind die meisten noch – Sozialdemokraten. Und trotzdem ist da ein Selbstbewusstsein zu spüren, dass man sich durchaus links von Rot/Grün platzieren kann. Es geht.

»Man kann heute wieder mit einer Selbstverständlichkeit sich als links bezeichnen oder linke Positionen verkünden«, meint auch Susanne Spindler, Bildungsreferentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und Dozentin an der Kölner Universität. »Das wäre noch vor fünf Jahren nicht gegangen. Diesen Offensivgeist spiegelt auch das Label »Linkspartei« wider.«

Die Linkspartei ist nicht die WASG. Die Linkspartei ist immer noch die PDS, sie hat sich bloß umbenannt. Einzelne WASG-Mitglieder kandidieren auf den offenen Listen der Ex-PDS, mehr nicht. Zwar sprachen sich in einer Urabstimmung Mitte Juli über achtzig Prozent der WASG-Mitglieder für dieses Verfahren aus, doch es ist Streit aufgekommen. Der »Leverkusener Kreis«, eine linke Gruppe in der WASG, droht mit Austritt und plant eine Neugründung. Den Rest schweift die Aussicht zusammen, als drittstärkste Fraktion in den Bundestag einzuziehen. Die Prognosen für das Bündnis liegen Anfang August bei über zehn Prozent. Werner Ley, Vorsitzender der WASG Köln, betont, es habe »eine stets konstruktive Zusammenarbeit mit der ehemaligen PDS auf gleicher Augenhöhe gegeben«. Auch Michael Kellner, Sprecher der Kölner PDS und Ratsmitglied, fand die Verhandlungen »äußerst gut« und sieht bloß »wenige Probleme«. Allerdings, sagt Kellner, habe es der WASG-Vorstand nicht ganz einfach, das habe er auf deren Sitzungen erfahren: »Ein unglaublicher Zulauf, und so viele Leute, die alle zum ersten Mal dabei sind.«

→ Fortsetzung
nächste Doppelseite



Unser Dokument stammt
aus der Ausgabe September 2005

Chronik der 00er



Juni 2000

Zwei Reportagen, die 26 Jahre später noch (erschreckend) aktuell wirken: Wir besichtigen den Inneren Grüngürtel und fragen, was aus ihm – für eine ökologisch reformierte Stadt – hätte werden müssen, um nicht »Autobahnrandbegrünung« zu bleiben. Und: Wir stellen die Wohnungselbsthilfe von Obdachlosen in Ossendorf vor.



Juli 2001

Köln will Touristen-Hotspot werden: »Die IHK und ihre Freunde haben das ärgerlichste Problem, das einer erfolgreichen Image-Kampagne Köln im Weg steht, zum Glück schon aufgespürt: Köln ist schmutzig!« Köln ist schmutzig geblieben. Die Tourist:innen scheint's aber nicht zu stören.



Oktober 2002

Köln, NRW, Deutschland, Europa finden keinen humanen Umgang mit Geflüchteten. Wir berichten über die Kampagnen-Karawane, mit der Roma gegen ihre Zwangsrückführung ins ehemalige Jugoslawien protestieren.



August 2003

Pop kaputt. Die Musikmesse Popkomm verlässt Köln. Ist damit das Schicksal der Stadt als Medien- und Musikstandort besiegt? Nein, es ist bloß an der Zeit, sich vom Größenwahn zu verabschieden. Ein Jahr später wird die c/o pop starten. Kompakter, lokaler, selbstverwalteter.



August 2004

Oper und Schauspiel sollen saniert werden – oder reißt's man besser ab? Wir legen uns fest: Sanierung. Wir hatten ja keine Ahnung.



Juni 2005

Krieg gegen die Radfahrer. Dieser Titel ist 21 Jahre her und längst wissen wir: Das ist ein Stellungskrieg. Aber einer mit gefährlichen Überholmanövern. Auf Kölner Straßen wird nach wie vor um jeden Meter gekämpft.

Januar 2006

Eine Kneipenwette in der Redaktion wächst sich aus zu einer unserer meist beachteten Titelgeschichten: Wir fordern »Der Dom muss weg!«. Obwohl die Texte Satire sein sollen, geraten sie doch ziemlich ernst. Es lassen sich erstaunlich viele Argumente finden, warum das Bauwerk überbewertet ist und weg kann. Mit dieser Geschichte gewinnen wir den Kölner Medienpreis.

Chronik der 00er

Erst in zwei Jahren wollen WASG und Linkspartei fusionieren, wenn alles gut geht. »Es wird ja viel von der historischen Chance gesprochen, die in dem Zusammengehen von PDS und WASG liege, und meistens wird darunter nur die Einheit einer größeren Gruppe von Linken verstanden«, führt Peter Scheiffele, Soziologe am Kölner Zentrum für europäische Gesellschaftsforschung, aus. »Ich sehe die historische Chance woanders: Dass die Linkspartei, will sie auf längere Sicht Bestand haben, sich mit den neuen Realitäten auseinander setzen muss. Einfach nur eine klassisch-sozialdemokratische Vollbeschäftigungspolitik zu fordern, das funktioniert nicht mehr. Neo-Liberalismus *light* geht natürlich auch nicht. Was bleibt also übrig?«

Nach Scheiffele: konsequente Verkürzung fremdbestimmter Arbeitszeit, Vergesellschaftung sozialer Systeme wie Gesundheit und Bildung, bedingungslose Grundsicherung, allmähliches Zurückdrängen des Lohnarbeitsystems. Ob nach der Wahl, wenn der Fusionsprozess beginnt, Platz sein wird, solche tiefgreifenden Perspektiven zu diskutieren? »Wenn sie sich nicht wie andere Parteien aufführen wollen, dann ja.« Und wenn sie sich doch wie andere Parteien aufführen? Dann, so Susanne Spindler, erleben wir womöglich ein Déjà-Vu: »Die Grünen haben gezeigt, wie man es falsch macht, wie man aus einer außerparlamentarischen Bewegung kommt, durch eine zunehmende Annäherung an Machtstrukturen von den ursprünglichen Inhalten weggeht und als linkes Projekt schließlich scheitert.«

Spricht man mit Mitgliedern des Erwerbslosenrats Köln, der eine Vernetzung verschiedener Kölner Anti-Hartz-Gruppen und Arbeitsloseninitiativen anstrebt, stößt man auf eine tief sitzende Skepsis gegenüber Parteipolitik überhaupt. Aber auch auf die leise Hoffnung, eine parlamentarische Vertretung zu finden. Ein offenes Bekenntnis zur WASG, die sich vor allem als die Anti-Hartz-Partei profiliert, gibt es nicht. Zwar sind WASG-Mitglieder im Erwerbslosenrat, aber »die dürfen bei uns keine Parteiarbeit machen«, betont Peter Strehl. Der 50-Jährige war in den Gründungsjahren bei den Grünen aktiv, hat sich aber nach sieben Jahren abgewandt: »Die haben zu viele Kröten geschluckt. Ich warte mal ab, wie das mit der Linkspartei wird, wenn die im Bundestag sitzt.«

»So eine Partei links von der SPD habe ich mir schon lange gewünscht«, sagt Birgit Dinkel (Name geändert) vom Erwerbslosenrat, fügt dann aber hinzu: »Dass die mit den linken Bewegungen zusammenarbeiten wollen, würde ich gern beim Wort nehmen!« Noch fragen sich viele, ob das Bündnis bereit ist, den Begriff Arbeit wirklich neu zu denken und nicht mit Erwerbstätigkeit gleichzusetzen. »In unserer Gesellschaft gilt zurzeit ja nur Erwerbsarbeit«, ärgert sich Dinkel. »Aber jeder arbeitet doch, etwa ich als Mutter, obwohl ich keine Erwerbsarbeit habe.« Den



Vorschlag einer monatlichen Grundsicherung für jeden, egal ob mit oder ohne Erwerbsarbeit, findet hier viel Zustimmung. Hartz IV, da ist man sich einig, muss weg.

»Sagt man zu Hartz IV kategorisch nein, oder beteiligt man sich, ohne vom Nein abzurücken, an der Umsetzung? Generell sind wir gegen Hartz IV, aber wir müssen sehen, was sich für die Leute noch rausholen lässt.« Michael Kellner ist Pragmatiker. Aber mit der Pragmatik ist das so eine Sache, er weiß, wie umstritten das ist: »Ich persönlich finde die Regierungsbeteiligung der Berliner PDS problematisch. Es gibt einen Punkt, wo man sagen muss: Das mache ich nicht mehr mit. Und der ist für mich in Berlin überschritten.« Auch das wird ein Problem sein – wo verläuft die Grenze zwischen antikapitalistischer Haltung, sozialistischen Ansprüchen und pragmatischer Politik? Susanne Spindler: »Ich sehe das ganze Projekt in einem Spannungsfeld: Vereinnahmt diese Partei die Ziele von sozialen Bewegungen und will sich bloß an deren Spitze setzen? Oder greift sie das, was die Bewegungen schon erarbeitet haben, wirklich auf?«

Im Brauhaus Pütz meldet sich jetzt ein Student zu Wort, ein Jungtrotzkist. Aber das bleibt unter uns. Schließlich wollen die Trotzkisten nicht aus der Partei ausgeschlossen werden. Davon redet zwar niemand offen, aber Klaus Ernst, der große bayerische WASG-Zampano, hat bereits durchblicken lassen, dass im Prinzip in der WASG, und später in der Linkspartei, kein Platz für so genannte Sektierer sei. Der Jungtrotzkist macht einen Punkt: Er liest Abschnitte aus dem Wahlprogramm der PDS vor, in denen die Partei keine eindeutige Distanzierung von Hartz IV erkennen lässt. Das Gesetz wird nicht mehr kategorisch abgelehnt, es soll gerechter gestaltet werden. Das widerspricht der fundamentalen Ablehnung durch die WASG. Ein wenig Unruhe macht sich breit.

Die Kölner PDS ist traditionell recht rege, was den Kontakt zu den sozialen Gruppen in Köln betrifft. Das bekräftigt auch Michael Kellner: »Die Arbeit zwischen den Ratsitzungen ist für mich viel wichtiger. Ich stelle keinen Antrag, ohne vorher mit einer der Gruppen gesprochen zu haben.«

Linke Gruppen gibt es reichlich in Köln, doch zu einem breiten Bündnis ist es bislang nicht gekommen. Der Protest von der Straße ist in Köln erlahmt. Als der Kölner Rat Anfang Juli den neuen Sparhaushalt und die Anstellung von Ein-Euro-Jobbern unter anderem für städtische Reinigungsarbeiten beschließt, versammeln sich bloß dreißig Demonstranten vor dem Rathaus. Auch die Montagsdemos gegen Hartz IV locken kaum noch Protestler an. Bereits im November letzten Jahres kündigte Attac Köln daher die Teilnahme auf – man müsse nach neuen Protestformen suchen, hieß es. Ein bunter Mix aus Gewerkschaftlern, enttäuschten SPDlern, Maoisten und Bürgern, die ihrer teils diffusen Wut Ausdruck verleihen wollen, stritten sich immer häufiger um das »offene Mikrofon«.

»Es war klar, dass sich die Montagsdemos so nicht lange halten. Viele Erwerbslose sind resigniert oder schämen sich, weil ihnen vermittelt wird, sie wären selbst schuld«, sagt Monika Zier, die sich bei Attac und im Erwerbslosenrat engagiert. »Mir ist es wichtig, andere Aktionsformen zu finden, auch spielerische oder künstlerische. Es gibt zu viele Veranstaltungen, wo man immer die selben Leute trifft.« Zier ist »generell skeptisch« gegenüber allen Parteien. »Wir haben gesehen, was aus den Grünen geworden ist. Sobald man in diesen parlamentarischen Apparat reinkommt, trifft man auf Mechanismen und Strukturen, die einen dazu bringen, von den ursprünglichen Forderungen abzuweichen. Aber das Wahlbündnis ist ja noch keine Partei. Die Vereinigung kommt erst in zwei Jahren, also können wir noch Einfluss nehmen«, hofft Monika Zier.

In Teilen ist das schon geschehen. Am 8. Juli hat es als Reaktion auf Oskar Lafontaines Chemnitzer »Fremdarbeiter«-Rede einen »Offenen Brief sozialer und politischer Basisorganisationen« an das neue Linksbündnis gegeben. 111 Gruppen und Einzelpersonen unterzeichneten den Aufruf. Darin wird gefordert, sich von Nationalismus und Rassismus zu distanzieren und für »eine Stärkung der Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen sowie illegal in Deutschland lebenden Menschen« einzutreten.

Das Papier, das bei Redaktionsschluss mehr als 300 Unterschriften trägt, hat Wirkung gezeigt. Unlängst hat der Bundesvorstand der WASG eine »Positionsbestimmung zur Migrations- und Integrationspolitik« verfasst, die weit über das hinaus geht, was viele erwartet hätten.

»Gut, zu sehen, dass endlich eine Partei für die Amnestie von illegal hier lebenden Migranten eintritt. Das haben wir zusammen mit anderen antirassistischen Gruppen seit Jahren gefordert«, sagt Miltiadis Oulios von Kanak Attak. Zwar fehlen Oulios im Detail noch »Konkretisierungen, auf die man die WASG notfalls festnageln kann«, aber er erkennt viele Forderungen wieder, die auch Kanak Attak vertritt. Kanak Attak setzt sich grundsätzlich für eine antinationalistische Migrationspolitik jenseits von folkloristischem Multi-Kulti und der Unterwerfung unter die vorherrschende Kultur ein. Oulios vermisst letztlich den »großen Wurf«, begrüßt aber, »dass Migranten nicht mehr mit ihrer Kultur Deutschland bereichern« sollen. »Stattdessen«, so Oulios, geht es um soziale Bedingungen, politische Rechte. Also um das, worum sich die Integrationsdiskussion immer drückt. Dort wird ja immer von individuellen Anpassungsleistungen der Migranten geschwafelt.«

An der Wahlkampfausrichtung von Lafontaine und Gysi hat das indes nichts geändert. Die »beiden boulevard-gestählten Halbglätzen« (Wiglaf Droste) haben keine Berührungsängste, ehemalige NPD-Wähler von der Linkspartei zu überzeugen. »Ich nehme Wählern auch übel, wie sie wählen, aber das heißt nicht, dass ich alle aufgebe«, wird Gregor Gysi in der *Financial Times Deutschland* zitiert.

»Natürlich drückt es, wenn ich an Äußerungen von Oskar Lafontaine denke«, für einen Moment macht Michael Kellner eine besorgte Miene. »Es gibt so viele Erwartungen, so viele Leute schauen auf uns. Hoffentlich passiert da nichts, was ganz falsch läuft. Aber Lafontaine kriegt ja auch Druck von uns!«

Auch Susanne Spindler reißt sich an diesem Namen: »Die Frage ist doch, was wäre ohne Lafontaine passiert? Gäbe es diesen Prozess der Parteikonstitution? Den Vorstoß hat er gemacht, er hat die Idee einer Linkspartei medienwirksam transportiert. Lafontaine finde ich höchst problematisch. Aber manchmal denke ich, ob es nicht solcher Figuren bedarf, um in einer von Medien geprägten Welt einen großen Effekt zu erzielen.« Ist er der Hugo Chavez von der Saar? »Nein«, sie lacht. »Natürlich nicht.«

Wie präsent ist Lafontaine eigentlich in den aktuellen Debatten? Wenn man sich im Brauhaus umhört: nur am Rande. Es geht den Anwesenden nicht um den Oskar, sondern um die eigenen Befindlichkeiten. Einige wollen mit der SPD abrechnen, die anderen raus aus dem linken Ghetto. Weil es so sehr um Befindlichkeiten und so wenig um Argumente gegen den Kapitalismus geht, bleibt die Stimmung diffus. Der Aufbruch von links ist, zumindest hier, einer zu einem anderen politischen Selbstbewusstsein: nicht mehr auf die SPD zu zählen. Nicht mehr, nicht weniger. ★



März 2006

Erinnert sich jemand an das »Barmer Viertel«? Das war ein einzigartiges Wohnkarree zwischen Deutzer Bahnhof und Messe. Trotz schon damals grassierender Wohnungsnot wurde es abgerissen, ohne große Zukunftsvision, zwischenzeitlich wurde das Grundstück sogar zum Parkplatz (heute ist es Teil des Messegeländes). Kurz vor dem Abriss besetzten Punks und Obdachlose die Häuser und konnten sich dort drei Monate halten.

März 2007

Wir kriegen einen Tipp: In den Monatskarten der KVB befindet sich ein RFID-Chip, von dem die KVB ihren Kunden nichts erzählt hätte (RFID = Radiofrequenz-Identifikation). Klingt paranoid, ist aber wahr. Mit dem RFID-Chip soll ein System der kontaktlosen Bezahlung eingeführt werden. Er kann aber auch sensible kundenbezogene Daten ungefragt übermitteln. Datenschützer sind alarmiert, die KVB hat natürlich nur das Wohl ihrer Kunden im Blick.

November 2007

Eine Ausstellung im Stadtmuseum feiert »40 Jahre Pop am Rhein«. Wir kommen zu dem Schluss: Der Pop lebt hier immer noch – allen Krisen zum Trotz – und hat seine Musealisierung nicht nötig.

März 2008

Gekommen, um zu bleiben: Die braune »Bürgerbewegung Pro Köln« sitzt bereits seit vier Jahren im Kölner Rat – und eine Trendwende ist nicht abzusehen. Dass zehn Jahre später die AfD bundesweit durchstartet, findet hier eine Vorgeschichte.

April 2009

Wir veröffentlichen Protokolle zum Kölner Archiv-Einsturz. Verleger Helge Malchow (Kiepenheuer & Witsch): »Für mich persönlich ist die ganze Geschichte eine Erfahrung der Hilflosigkeit. (...) Normalerweise reagiere ich als Verleger und als Mensch, wenn sich ein Problem ergibt, nach dem Motto: Was ist zu tun, wie ist das Problem zu beheben? Aber in diesem Fall kann man nichts tun, und man kann nichts beheben.« Das neue kölsche Lebensgefühl.